

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	14
Literaturverzeichnis	18
<b>Kapitel 1: Einführung</b>	21
1. Allgemeines und geschichtlicher Hintergrund	21
2. Zweck und Tätigkeitsbereich der Lohnsteuerhilfvereine	24
<b>Kapitel 2: Die Beratungsbefugnis der Lohnsteuerhilfvereine (§ 4 Nr. 11 StBerG)</b>	28
1. Gesetzliche Grundlagen der Hilfeleistung in Steuersachen	28
2. Rechtsentwicklung der Beratungsbefugnis	30
3. Abgrenzung der Beratungsbefugnis nach den Einkünften	34
3.1 Kernbereich der Hilfeleistung – originäre Arbeitnehmereinkünfte	35
3.2 Die Beratungsbefugnis ausschließende Einkünfte	37
a) Gewinneinkünfte	37
b) Ausnahme: Steuerfreie Einnahmen	38
c) Umsatzsteuerpflichtige Einnahmen	41
d) Zeitbezogene Prüfung der Beratungsbefugnis, Verlustabzug	42
e) Praxisfälle zur Abgrenzung der Einkunftsarten	43
3.3 Beratungsbefugnis bei weiteren Überschusseinkünften	47
a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	47
b) Einkünfte aus Kapitalvermögen	48
4. Umfang der Hilfeleistung	52
4.1 Steuerberatung	52
4.2 Arbeitgeberaufgaben	53
4.3 Hilfe im Feststellungsverfahren	54
4.4 Beratungsbefugnis bei Nebenleistungen	55
a) Zulässige Hilfe nach dem StBerG	55
b) Nebenleistungen auf anderen Rechtsgebieten	56
c) Einzelfälle	57
<b>Kapitel 3: Das Werberecht der Lohnsteuerhilfvereine (§ 8 StBerG)</b>	68
1. Der Inhalt der gesetzlichen Ermächtigung	69
2. Der Inhalt der zulässigen Werbung	71
2.1 Nennung des Werbenden	71
2.2 Hinweis auf das eigene Leistungsangebot	73
2.3 Hinweis auf das Erfordernis der Mitgliedschaft	81
2.4 Eröffnung einer Möglichkeit zur Kontaktaufnahme – Zulässiger Inhalt	83

2.5	Kein Bemühen um die Erteilung eines Auftrages im Einzelfall	84
3.	Wichtige Einzelfälle	87
3.1	Verwendung von Werbeslogans	87
3.2	Werbegeschenke und Informationsveranstaltungen	89
3.3	„Rollende Werbung“	90
3.4	Werbung mit dem Preis/Mitgliedsbeitrag	92
3.5	Werbung im Internet	94
3.6	Werbung durch Sponsoring	101
3.7	Vortragsveranstaltungen in der Beratungsstelle/ Tag der offenen Tür	101
3.8	Werbung auf Messen oder Verbraucherausstellungen	102
3.9	Hinweise auf Zertifizierungen	103
3.10	Hinweise auf Bürogemeinschaften und Kooperationen mit Steuerberatern oder Steuerberatungsgesellschaften	104
4.	Rechtsfolgen bei Überschreitung der Werbefugnis	106
<b>Kapitel 4:</b>	<b>Lohnsteuerhilfvereine als Selbsthilfeeinrichtung von Arbeitnehmern (§ 13 StBerG)</b>	111
1.	Der Begriff in der Selbsthilfeeinrichtung	111
2.	Die Sonderstellung der Lohnsteuerhilfvereine	114
2.1	Die Rechtsform als nichtwirtschaftlicher Verein im Sinne des § 21 BGB	114
2.2	Freier Beruf oder gewerbliche Tätigkeit	116
3.	Das Mitgliedschaftserfordernis	119
3.1	Begründung der Mitgliedschaft	119
3.2	Verlust der Mitgliedschaft, Kündigung	123
3.3	Fristlose Kündigung der Mitgliedschaft	124
3.4	Beratung von Angehörigen der Vereinsmitglieder	125
3.5	Der Kauf eines „Mitgliederstammes“	126
4.	Der Mitgliedsbeitrag	127
4.1	Der Mitgliedsbeitrag als pauschaliertes Leistungsentgelt	127
4.2	Das Kostendeckungsprinzip und seine Auswirkungen auf den Mitgliedsbeitrag	129
4.3	Die Erhebung des Mitgliedsbeitrages durch den Lohnsteuerhilfverein	134
<b>Kapitel 5:</b>	<b>Die Anerkennung der Lohnsteuerhilfvereine durch die Aufsichtsbehörden (§§ 14 ff. StBerG)</b>	140
1.	Allgemeine Grundsätze	140
2.	Die Anforderungen an die Satzung des Lohnsteuerhilfvereins	142
2.1	Aufgabenbereich (§ 14 Abs. 1 Nr. 1 StBerG)	142
2.2	Sitz und Geschäftsleitung des Vereins (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 StBerG)	143
2.3	Vereinsname ohne besonderen Werbecharakter (§ 14 Abs. 1 Nr. 3 StBerG)	144

2.4	Sicherstellung einer sachgemäßen Hilfeleistung in Steuersachen (§ 14 Abs. 1 Nr. 4 StBerG)	146
2.5	Kein besonderes Entgelt neben den Mitgliedsbeiträgen (§ 14 Abs. 1 Nr. 5 StBerG)	147
2.6	Zwingende Anwendbarkeit bürgerlich-rechtlicher Vorschriften (§ 14 Abs. 1 Nr. 6 StBerG)	148
	a) Bestellung und Geschäftsführung des Vorstandes, § 27 BGB	148
	b) Rechte der Mitgliederversammlung, § 32 BGB	150
	c) Satzungsänderung, § 33 BGB	150
2.7	Verträge mit Vorstandsmitgliedern und deren Angehörigen (§ 14 Abs. 1 Nr. 7 StBerG)	151
2.8	Sicherstellung einer regelmäßigen Mitgliederversammlung und Unterrichtung der Mitglieder (§ 14 Abs. 1 Nr. 8 StBerG)	152
3.	Nachweis einer Haftpflichtversicherung (§ 14 Abs. 2 StBerG)	155
4.	Vornahme von Satzungsänderungen (§ 15 Abs. 3 StBerG)	157
	4.1 Vereinsrechtliche Voraussetzungen	157
	4.2 Aufsichtsrechtliche Voraussetzungen	158
<b>Kapitel 6:</b>	<b>Rücknahme und Widerruf der Anerkennung (§ 20 StBerG)</b>	160
1.	Rücknahme der Anerkennung durch die Aufsichtsbehörde	160
2.	Widerruf der Anerkennung	163
	2.1 Nachträglicher Wegfall der Voraussetzungen (§ 20 Abs. 2 Nr. 1 StBerG)	164
	2.2 Satzungswidrige tatsächliche Geschäftsführung (§ 20 Abs. 2 Nr. 2 StBerG)	165
	2.3 Unsachgemäße Hilfeleistung bzw. nicht ordnungsgemäße Geschäftsführung (§ 20 Abs. 2 Nr. 3 StBerG)	166
3.	Verwaltungsverfahren und Rechtsbehelfsmöglichkeiten	168
	3.1 Zuständigkeit	168
	3.2 Verwaltungsverfahren	168
	3.3 Vorgerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	169
	3.4 Gerichtlicher Rechtsschutz	169
	3.5 Aufschiebende Wirkung	170
4.	Rechtsfolgen der „Auflösung“ des Lohnsteuerhilfvereins	170
	4.1 Abwicklung schwebender Steuerfälle und deren Vergütung	171
	4.2 Verbleib der Handakten	174
	4.3 Vereinsrechtliche Liquidation	174
	4.4 Ansprüche von Mitgliedern	176
<b>Kapitel 7:</b>	<b>Die Geschäftsprüfung der Lohnsteuerhilfvereine (§ 22 StBerG)</b>	178
1.	Grundsätze	178
2.	Umfang der Prüfung	178
	2.1 Wirtschaftliche Situation des Lohnsteuerhilfvereins	179

2.2	Übereinstimmung der tatsächlichen Geschäftsführung mit den satzungsmäßigen Aufgaben	181
3.	Die Mitteilung des Prüfungsergebnisses	182
4.	Durchführung der Prüfung	183
5.	Pflichten und Haftung der Geschäftsprüfer	184
<b>Kapitel 8:</b>	<b>Die Durchführung der Hilfeleistung in Steuersachen (§ 23 StBerG)</b>	186
1.	Der Begriff der Beratungsstelle	186
2.	Weitere Beratungsstellen	190
3.	Der Beratungsstellenleiter	192
3.1	Qualifikationsanforderungen	192
3.2	Persönliche Eignungsvoraussetzungen	197
4.	Das Eintragungsverfahren	200
5.	Das Rechtsverhältnis zwischen Beratungsstellenleiter und Lohnsteuerhilfverein	203
5.1	Der Beratungsstellenleiter als Angestellter des Lohnsteuerhilfvereins	204
5.2	Der Beratungsstellenleiter als freier Mitarbeiter	206
6.	Weitere Mitarbeiter in den Beratungsstellen	209
<b>Kapitel 9:</b>	<b>Die Haftung der Lohnsteuerhilfvereine (§ 25 StBerG)</b>	211
1.	Die Haftung für Beratungsfehler und Pflichtverletzungen	211
2.	Kein Haftungsausschluss bei Beratungsfehlern	215
3.	Die Verjährung von Schadensersatzansprüchen	216
3.1	Die gesetzlichen Verjährungsregeln	216
3.2	Beginn der Verjährungsfrist	217
3.3	Verjährungsbestimmungen in der Satzung der Lohnsteuerhilfvereine	219
3.4	„Sekundäransprüche“ bei Lohnsteuerhilfvereinen	221
4.	Die praktische Durchführung der Regulierung von Schadensfällen	222
<b>Kapitel 10:</b>	<b>Allgemeine Pflichten der Lohnsteuerhilfvereine (§ 26 StBerG)</b>	225
1.	Die Pflicht zur sachgemäßen Hilfeleistung in Steuersachen	225
1.1	Sachgemäße Hilfeleistung in Steuersachen	225
1.2	Gewissenhafte Hilfeleistung	228
1.3	Verschwiegenheitspflicht	231
1.4	Pflicht zum Verzicht auf berufswidrige Werbung	232
2.	Das Verbot anderer wirtschaftlicher Tätigkeiten (§ 26 Abs. 2 StBerG)	232
3.	Die Pflicht zur Überwachung der Mitarbeiter	236
4.	Die Pflicht zur Aufbewahrung der Handakten	238
5.	Die Zulässigkeit von Bürogemeinschaften und Kooperationen	243
5.1	Voraussetzung für die Zulässigkeit von Bürogemeinschaften	244
5.2	Zulässigkeit von Kooperationen	245

<b>Kapitel 11: Die Aufsichtsbehörden und ihre Funktion (§ 27-30 StBerG)</b>	247
1. Zuständige Aufsichtsbehörden	247
2. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden	248
3. Die Mitteilungspflicht der Finanzbehörden	249
4. Die Pflicht zum Erscheinen vor der Aufsichtsbehörde (§ 28 Abs. 1 StBerG)	251
5. Schließung einzelner Beratungsstellen durch die Aufsichtsbehörde (§ 28 Abs. 3 StBerG)	253
6. Die Teilnahme der Aufsichtsbehörde an Mitgliederversammlungen	255
6.1 Inhalt der Teilnahmebefugnis	255
6.2 Die Pflicht zur Unterrichtung der Aufsichtsbehörde	257
6.3 Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Pflichten aus § 29 Abs. 1 und 2 StBerG	257
7. Das Verzeichnis der Lohnsteuerhilfvereine bei den Aufsichtsbehörden (§ 30 StBerG)	258
8. Die Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfvereine (DVLStHV)	259
<b>Kapitel 12: Ausblick</b>	265
1. Die Zukunft der Lohnsteuerhilfvereine	265
2. Qualitätssicherung bei Lohnsteuerhilfvereinen	268
3. Inhalt der DIN 77700 „Dienstleistungen der Lohnsteuerhilfvereine“	270
4. Anwendungsbereich der Norm	271
5. Zertifizierung	272
6. Nutzen der Zertifizierung	275
7. Rechtsform der Vereine	276
<b>Anhang</b>	278
Anhang 1: Mustersatzung für Lohnsteuerhilfvereine	278
Anhang 2: Übersicht zu Meldepflichten und Fristen für Lohnsteuerhilfvereine	284
Anhang 3: Muster Geschäftsprüfungsbericht	286
Anhang 4: Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfvereine (DVLStHV)	294
Anhang 5: Muster für Angaben zum Impressum und für Werbeanzeigen zur Mitgliedergewinnung	300
Stichwortverzeichnis	303

# Abkürzungsverzeichnis

<b>a.A.</b>	anderer Ansicht
<b>a.a.O.</b>	am angegebenen Ort
<b>ABL.</b>	Amtsblatt der Europäischen Union
<b>a.F.</b>	alte Fassung
<b>AG</b>	Amtsgericht
<b>AktG</b>	Aktiengesetz
<b>Anm.</b>	Anmerkung
<b>AnwBl.</b>	Anwaltsblatt
<b>AO</b>	Abgabenordnung
<b>AOStfÄndG</b>	Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze
<b>Art.</b>	Artikel
<b>Aufl.</b>	Auflage
<b>AvmG</b>	Altersvermögensgesetz
<b>Az.</b>	Aktenzeichen
<b>BAG</b>	Bundesarbeitsgericht
<b>BayObLG</b>	Bayerisches Oberstes Landesgericht
<b>BayVGh</b>	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
<b>BB</b>	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
<b>BDL</b>	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V.
<b>BdJ</b>	Bundesministerium der Justiz
<b>BFHE</b>	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
<b>BFH</b>	Bundesfinanzhof
<b>BFH/NV</b>	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
<b>BHStB</b>	Bonner Handbuch der Steuerberatung, Loseblatt-Kommentar, Bonn
<b>BMF</b>	Bundesfinanzministerium
<b>BGB</b>	Bürgerliches Gesetzbuch
<b>BGBL.</b>	Bundesgesetzblatt
<b>BGH</b>	Bundesgerichtshof
<b>BGHZ</b>	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
<b>BKGG</b>	Bundeskindergeldgesetz
<b>BOStB</b>	Berufsordnung der Bundessteuerberaterkammer
<b>BR</b>	Bundesrat
<b>BRAK-Mitt.</b>	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
<b>BRAGO</b>	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
<b>BRAO</b>	Bundesrechtsanwaltsordnung
<b>bspw.</b>	beispielsweise
<b>BStBl</b>	Bundessteuerblatt

<b>BT</b>	Bundestag
<b>BVerfG</b>	Bundesverfassungsgericht
<b>BVerwG</b>	Bundesverwaltungsgericht
<b>BZRG</b>	Bundeszentralregistergesetz
<b>DA-FamEStG</b>	Dienstanweisung zur Durchführung des Familienleistungsausgleichs
<b>DB</b>	Der Betrieb (Zeitschrift)
<b>Drs.</b>	Drucksache
<b>DStB</b>	Der Steuerbeamte (Zeitschrift)
<b>DStR</b>	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
<b>DStRE</b>	DStR Entscheidungsdienst
<b>DStZ</b>	Deutsche Steuerzeitung
<b>DVLStHV</b>	Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Lohnsteuerhilfevereine
<b>EFG</b>	Entscheidung der Finanzgerichte
<b>EStG</b>	Einkommensteuergesetz
<b>EStR</b>	Einkommensteuer-Richtlinien
<b>e.V.</b>	eingetragener Verein
<b>FA</b>	Finanzamt
<b>ff.</b>	fortfolgend
<b>FG</b>	Finanzgericht
<b>FGO</b>	Finanzgerichtsordnung
<b>FinBeh.</b>	Finanzbehörde
<b>FM</b>	Finanzministerium
<b>GewO</b>	Gewerbeordnung
<b>GG</b>	Grundgesetz
<b>GmbH</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>ggf.</b>	gegebenenfalls
<b>grds.</b>	grundsätzlich
<b>GRUR</b>	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
<b>GVG</b>	Gerichtsverfassungsgesetz
<b>HS</b>	Halbsatz
<b>i.d.F.</b>	in der Fassung
<b>i.d.R.</b>	in der Regel
<b>IHK</b>	Industrie- und Handelskammer
<b>i.S.</b>	im Sinne
<b>i.V.m.</b>	in Verbindung mit

<b>KAP, KSO</b>	Anlagen zur Einkommensteuererklärung
<b>KG</b>	Kammergericht Berlin
<b>KStG</b>	Körperschaftsteuergesetz
<b>LfSt</b>	Landesamt für Steuern
<b>LG</b>	Landgericht
<b>LStHV</b>	Lohnsteuerhilfverein
<b>LStR</b>	Lohnsteuer-Richtlinien
<b>MdB</b>	Mitglied des Deutschen Bundestags
<b>MDR</b>	Monatsschrift für Deutsches Recht
<b>m.w.N.</b>	mit weiteren Nachweisen
<b>n.F.</b>	neue Fassung
<b>NJW</b>	Neue Juristische Wochenschrift
<b>NJW-RR</b>	Neue Juristische Woche Rechtsprechungs-Report
<b>n.r.</b>	nicht rechtskräftig
<b>NVL</b>	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V.
<b>o. Ä.</b>	oder Ähnliche(s)
<b>o.g.</b>	oben genannt
<b>OLG</b>	Oberlandesgericht
<b>OWiG</b>	Ordnungswidrigkeitengesetz
<b>PVL</b>	Prüfungsverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V.
<b>R</b>	Richtlinie
<b>RA</b>	Rechtsanwalt
<b>RAO</b>	Reichsabgabeordnung
<b>RDG</b>	Rechtsdienstleistungsgesetz
<b>RGBL.</b>	Reichsgesetzblatt
<b>rkr.</b>	rechtskräftig
<b>Rpfleger</b>	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
<b>Rz.</b>	Randziffer
<b>RVG</b>	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
<b>S.</b>	Satz
<b>SchwarzArbG</b>	Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
<b>SGB</b>	Sozialgesetzbuch
<b>sog.</b>	so genannt
<b>StB</b>	Steuerberater; Der Steuerberater (Zeitschrift)
<b>StBÄndG</b>	Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes
<b>StBerG</b>	Steuerberatungsgesetz



<b>Stbg</b>	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
<b>StDÜV</b>	Steuerdaten-Übermittlungsverordnung
<b>str.</b>	strittig
<b>StPO</b>	Strafprozessordnung
<b>u.a.</b>	und andere
<b>u.ä.</b>	und ähnlich
<b>u.w.</b>	und weitere
<b>UStG</b>	Umsatzsteuergesetz
<b>UWG</b>	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
<b>Vfg.</b>	Verfügung
<b>VGH</b>	Verwaltungsgerichtshof
<b>vgl.</b>	vergleiche
<b>VO</b>	Verordnung
<b>VwVfG</b>	Verwaltungsverfahrensgesetz
<b>VwZG</b>	Verwaltungszustellungsgesetz
<b>VZ</b>	Veranlagungs-Zeitraum
<b>WM</b>	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht)
<b>WP</b>	Wirtschaftsprüfer
<b>WRP</b>	Wettbewerb in Recht und Praxis
<b>z.B.</b>	zum Beispiel
<b>ZPO</b>	Zivilprozessordnung
<b>ZRP</b>	Zeitschrift für Rechtspolitik
<b>ZVL</b>	Zertifizierungsverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V.



<http://www.springer.com/978-3-658-01623-4>

Das Recht der Lohnsteuerhilfvereine

Schmucker, A.; Rauhöft, U.

2013, XX, 285 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01623-4